

14. Februar 2014

„Aktionismus macht Energiewende teurer“

5. Mitgliederversammlung des windcomm schleswig-holstein e. V.

HUSUM – „Unsere Arbeit war und wird so politisch wie noch nie!“ mit diesen Worten eröffnete Renate Duggen, Vorstandsvorsitzende des Branchenclusters windcomm schleswig-holstein e. V., die 5. Mitgliederversammlung in Husum. Firmenvertreter des Netzwerkes, das mittlerweile rund 80 Mitglieder aus der Onshore- und Offshore-Windkraft aus Schleswig-Holstein und seinen Nachbarländern vereint, evaluierten Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende und diskutierten über zukünftige Projekte. Thema war außerdem der erste Entwurf von Bundesenergieminister Sigmar Gabriel zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Im Bundestagswahljahr 2013 hatte der Verein die Kampagne „Energiewende Jetzt“ des Bundesverbandes WindEnergie unterstützt und sich am Büro der Offshore-Wind-Industrie-Allianz (OWIA) in Berlin beteiligt. Des Weiteren koordinierte der Verein die Gründung des Expertengremiums „Think-Tank Energiewende Schleswig-Holstein“, welches für die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD im Oktober vergangenen Jahres Handlungsempfehlungen formulierte und mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutierte. „Zur anstehenden EEG-Novelle werden wir das praktische und langjährige Wissen unserer Mitglieder mit der Weiterführung des Think-Tank Energiewende Schleswig-Holstein bündeln und in das Gesetzgebungsverfahren einbringen“ versprach Duggen und ergänzte: „Viele der aktuellen Vorschläge aus Berlin brauchen mehr Praxisnähe.“

Asmus Thomsen, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des windcomm e. V. und Geschäftsfeldbeauftragter Erneuerbare Energien der VR Bank Niebüll, machte deutlich, wie viel Verunsicherung derzeit in der Windbranche zu spüren ist. „Planer und Banken wissen erst seit wenigen Stunden, mit welchen Vergütungssätzen im neuen EEG voraussichtlich zu rechnen sein wird. Dabei soll es nach Willen der Bundesregierung schon zum 1. August dieses Jahres in Kraft treten.“ Dies ist nur realistisch, wenn die Länder den Gesetzestext im Bundesrat annehmen und nicht den Vermittlungsausschuss anrufen. Doch einzelne Landesregierungen wie Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Albig hatten schon offen mit einer Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens gedroht.

Thomsen fürchtet, dass aufgrund der schlechten Ländereinbindung und des engen Zeitplans die Qualität des Gesetzes leidet. „Wir brauchen stabile Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Energiewende und keine langjährigen Auseinandersetzungen vor Gerichten. Überhastete und schlecht kommunizierte Maßnahmen machen die Energiewende nicht

Pressemitteilung

billiger, sondern teurer und gefährden so Arbeitsplätze, besonders bei kleinen Unternehmen.“ Dies gelte besonders für Schleswig-Holsteins Windbranche, denn hier gebe es viele Betriebe mit spezialisierten Dienstleistungen. „Bund und Ländern müssen eine Umsetzungsstrategie zusammen erarbeiten“, so Thomsens Appell. Sein Vorstandskollege Volker Köhne ergänzte: „Die Erhöhung der Stromkosten für den Verbraucher dürfen kein Grund für eine übereilte Umsetzung der EEG-Reform sein. Von der EEG-Umlage 2014 in Höhe von 6,24 Cent pro Kilowattstunde macht die Ausbauförderung für Onshore-Windenergie gerade einmal 4 Prozent, also 0,25 Cent pro Kilowattstunde aus. Der Verbraucher wird auch zukünftig durch den Zubau von Windenergieanlagen nicht übermäßig belastet. Darum sollten Bund und Länder bis Ende 2014 zunächst ein schlüssiges Konzept für einen Strommarkt vorlegen, der darauf ausgerichtet ist, 50 Prozent erneuerbare Energien bis 2030 aufzunehmen. Dieses Konzept muss auch die Zukunft der anderen Energieträger behandeln.“

Urs Wahl, Projektleiter Politik der OWIA, der über aktuelle Entwicklungen aus Berlin während der Mitgliederversammlung berichtete, ging speziell auf die Rahmenbedingungen für die Offshore-Windenergie ein. „Die Forderung nach Kostenreduktion kann keine Realität werden, wenn auf der anderen Seite das Marktpotenzial in Deutschland gesetzlich von 30 auf 15 Gigawatt bis 2030 beschränkt wird. Das würgt Innovationen und Investitionen in Serienfertigung und dadurch Kostensenkungen ab.“ Wahl kritisierte außerdem das nachträgliche Abrücken vom Koalitionsvertrag. Im November wurde die Verlängerung des Stauchungsmodells bis zum Jahr 2019 festgeschrieben. Nun sei plötzlich von 0,5 beziehungsweise 1 Cent Degression und fester Mengensteuerung über die Netzanschlusszusage die Rede. Wahl nennt das ein „Überholverbot für schnellere Offshore-Projekte“. Auch der einseitige Blick auf die Kosten der Windkraft auf See ist nach Ansicht des Offshore-Experten nicht zielführend. „Der Preis pro Kilowattstunde ist das eine, der energiewirtschaftliche Wert der richtigen Kilowattstunde zur richtigen Zeit das andere. Gleichmäßige Stromeinspeisung ist der Nutzen der Offshore-Windenergie und spart Speicher.“ Nicht zuletzt schaffe und sichere die Branche 1.000 Arbeitsplätze allein in Schleswig-Holstein. Bis 2020 könne diese Zahl weiter steigen.

Der windcomm schleswig-holstein e. V. ist ein Vertretungsorgan der schleswig-holsteinischen Windenergiebranche und wurde im März 2010 gegründet. Aktuell sind 80 Unternehmen aus allen Teilbereichen der Wertschöpfungskette der Onshore- und Offshore-Windindustrie Mitglied im Verein. Der Mitgliederzuwachs betrug 18 Unternehmen im Jahr 2013, was einem Zuwachs von 27 Prozent zum Vorjahr bedeutet.

Kontakt:

windcomm schleswig-holstein e. V., Schloßstraße 7, 25813 Husum

E-Mail: m.schmidt@wfg-nf.de, Internet: : www.windcomm.de, V.i.S.d.P.: Martin Schmidt